



---

## **Ausschuß für Schule und Weiterbildung**

33. Sitzung (nicht öffentlich)

29. April 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.20 Uhr

Vorsitz: Heinrich Meyers (CDU)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2805

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmt dem Gesetzentwurf - Drucksache 12/2805 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.

- 2 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)** 4  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/2891

Keine Diskussion.

- 3 **Qualität von Gesamtschulen auf den Prüfstand stellen** 4  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/2877

Kontroverse Diskussion.

- 4 **Petition des Landesarbeitskreises der Eltern sehbehinderter Kinder im BFS-NW** 13  
Petitionsnummer 12/01050  
Vorlagen 12/1393 und 12/2010

Keine Diskussion.

- 5 **Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Schulen überprüfen - ehrliche Konsequenzen ziehen!** 13  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/2639  
Vorlage 12/2006

An eine kurze Einführung der Ministerin Gabriele Behler  
schließt sich eine Aussprache an.

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

#### 1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2805

**Marie-Theres Ley (Köln) (CDU)** stimmt der Aussage der Ministerin zu, daß die Seminare an die Grenze der Belastbarkeit angekommen seien. Von den katastrophalen Zuständen an den Seminaren habe sich der Schulausschuß selbst ein Bild machen können, als er in Gelsenkirchen ein Seminar besucht habe. Nun würden wieder Maßnahmen ergriffen, die für die Zukunft der Schulen und für die Schüler negative Folgen hätten.

In den letzten Jahren seien weit mehr als die jetzt angestrebten 7 000 Lehramtsanwärterinnen und -anwärter ausgebildet worden. In den letzten beiden Jahren seien es über 15 000 gewesen.

Bei all den Maßnahmen, die die Ministerin vorgelegt habe, werde deutlich, daß die Finanzsituation den Ausschlag gebe.

Die Opposition könne sich absolut nicht damit einverstanden erklären, daß unter dem Thema Finanzen Mängelverwaltung durchgeführt werde.

Die Ministerin sage, daß die Schulen stark darunter litten, wenn zu viele Fachleiterstellen abgezogen würden. Sie vermute stark, daß die Frage des bedarfsdeckenden Unterrichts eine wichtige Rolle spiele. Die Schwierigkeiten, die in diesem Zusammenhang auf die einzelnen Schulen zukämen, seien gravierend. Das sei eine Entschuldigung, die ihre Fraktion für die Maßnahme nicht mittragen könne.

Wenn man eine Maßnahme, mit der man selbst auch nicht sehr zufrieden sei, mit anderen Ländern vergleiche, sei das schon schwierig. Man sollte aber bei einem Vergleich auch die positiven Seiten der anderen Länder anführen. Bezüglich der Unterrichtsversorgung und dem Geld, das ein Land jedes Jahr pro Schüler ausbebe, nehme Nordrhein-Westfalen einen der untersten Plätze ein.

Die CDU begrüße allerdings, wenn nach Schulformen ausgebildet werden solle. Die Stufenbildung sei falsch gewesen.

**Dr. Hans Horn (CDU)** macht darauf aufmerksam, daß Zulassungsbeschränkungen zum Vorbereitungsdienst und Warnungen vor der Aufnahme des Lehramtsstudiums dazu führen könnten, daß der Zuspruch zum Lehramtsstudium gänzlich nachlasse, so daß man ein Unterangebot in einigen Jahren habe. Die Schulen riefen dann nach Lehrerinnen und Lehrern, die nicht da seien. Diese Konsequenzen müsse man sich klarmachen. Weniger die rechtlichen Bestimmungen als die Warnung vor einem Lehramtsstudium würden sehr viele junge Leute von einem Studium abhalten. Das könne zu großen Problemen in den Schulen führen.

Der Kollege in Rheinland Pfalz habe grundsätzlich vor der Aufnahme des Lehramtsstudiums gewarnt. Wenn man psychologisch eine Vollbremsung mache, müsse man sich die Folgen vor Augen halten. Er frage, ob die Ministerin dies genügend bedacht habe.

**Manfred Degen (SPD)** macht darauf aufmerksam, daß die Zahlen, die der Bandbreite zugrunde lägen, den Erfahrungen der letzten Jahre entsprächen. Man gehe davon aus, daß ein bestimmter Prozentsatz gar nicht den Vorbereitungsdienst antrete. Die Bandbreiten seien variabler gestaltet worden. Das Vorsorgegesetz sollte möglichst nicht angewandt werden. Wenn aber einige Länder dichtmachten, erhöhe sich zwangsläufig der Druck auf das Bundesland, was noch aufnehme. Nordrhein-Westfalen habe sowieso schon eine große Quote von Lehramtsanwärtern aus anderen Bundesländern. - "Viele aus Nordrhein-Westfalen studieren auch in anderen Bundesländern", wirft **Dr. Hans Horn (CDU)** ein.

Er glaube aber nicht, daß sich das ausgleiche, erwidert **Manfred Degen (SPD)**.

Bei einem Vergleich der Einstellungszahlen in der Bundesrepublik werde deutlich, daß Nordrhein-Westfalen 30 % aller Lehrer aufweise. Bei 4000-5000 Einstellungen pro Jahr sei es auch attraktiv, sich für die zweite Phase der Lehrerausbildung nach Nordrhein-Westfalen zu orientieren.

Nordrhein-Westfalen halte ca. 30 % der Ausbildungsplätze im Bundesgebiet bereit, unterstreicht **Ministerin Gabriele Behler**. Da nicht 30 % der Bevölkerung auf Nordrhein-Westfalen entfalle, sei die Ausbildungsquote höher als zu erwarten. In Nordrhein-Westfalen werde auch nicht zurückgefahren, sondern die Ausbildung auf einem sehr hohem Level gesichert. Der Gesetzentwurf bewirke auch kein Zurückfahren von Leistungskapazitäten. Einen inhaltlichen Zusammenhang mit der OVP, den Frau Ley hergestellt habe, gebe es nicht. Das Gesetz sei völlig unabhängig davon, wie man die Ordnung für den Vorbereitungsdienst in der zweiten Phase gestalte. Es gehe um Quantitäten und das Sicherstellen der Ausbildung auf dem bisherigen Niveau.

Wenn alle Länder die zweite Phase offenhielten, wäre das eine andere Situation. Als Baden-Württemberg zugemacht habe, sei natürlich eine größere Zahl von Leuten mit erstem Staatsexamen nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Daß Nordrhein-Westfalen aber nicht für alle gleichzeitig die Ausbildungslasten tragen könne, könne man auch nachvollziehen.

Das grundsätzliche Problem, daß Dr. Horn angesprochen habe, nämlich das Verhältnis von öffentlicher Wahrnehmung vor Aufnahme eines Studiums und den tatsächlichen Ausbildungszahlen, sei ein schwieriges Feld. Sie warne nicht davor, das Lehramtsstudium überhaupt aufzunehmen. Sie mache aber darauf aufmerksam, in welchen Bereichen in den nächsten Jahren mit einem Bewerbungsüberhang zu rechnen sei. Dazu würden auch die Zahlen veröffentlicht.

Im übrigen richteten sich Studienentscheidungen von jungen Leuten offenkundig sehr häufig nach den aktuell erlebten Mangelsituationen. Sonderpädagogik sei ein gutes Beispiel dafür.

In den letzten Jahren seien allen Personen mit zweitem Staatsexamen und der Lehrbefähigung Sonderpädagogik eingestellt worden. Das Land habe ein Interesse daran gehabt, die Stellen zu besetzen. Die Erfahrung habe sich herumgesprochen. In den letzten zwei, drei Jahren hätten viele junge Leute ein Studium mit der Fachrichtung Sonderpädagogik aufgenommen, obwohl deren Einstellungschancen erheblich schlechter sein würden. Etwas Ähnliches gelte für die Grundschule. Viele junge Leute hätten 1990/1991 ihr Studium aufgenommen und wollten jetzt in den Schuldienst. Ihr Vorgänger habe schon 1990/1991 davor gewarnt, in der Primarstufe anzufangen. Das habe sich aber offenkundig nicht vermittelt, auch wenn Broschüren herausgegeben würden und wenn das Ministerium dies mitteile. Man habe nur begrenzte Möglichkeiten, auf die Entscheidungen tatsächlich einzuwirken.

Auch die Nc-Problematik sei viel komplexer, als sie manchmal diskutiert werde. Ein Nc führe nicht unbedingt dazu, daß die Zahl der Studienanfänger tatsächlich zurückgehe. Die Studienanfänger selbst rekrutieren sich nur aus einem anderen Kreis. Das sei das, was der Nc verschiebe. Für die Entwicklung der letzten Jahre sei die Primarstufe ein gutes Beispiel.

**Marie-Theres Ley (Köln) (CDU)** möchte wissen, ob die Angaben der GEW zuträfen, wonach zum 01.02.1998 15 700 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestanden hätten.

**Leitender Ministerialrat Röhrs (Ministerium für Schule und Weiterbildung)** antwortet, die Zahlen 14.000 bezögen sich auf den gesamten Zeitraum.

Nun sei zunächst interessant, wieviel in einem Jahr eingestellt würden. Im Jahr 1997 seien zum 01.02. 500 mehr, zum 01.02.1998 240 mehr als 7000 eingestellt worden. Der Überhang sei ganz gering und weise zur Zeit eine fallende Tendenz auf. Das erkläre sich daraus, daß Nordrhein-Westfalen nur einen Einziehungstermin und einen Vorlauf habe, der sich auf nordrhein-westfälische Bewerber ausrichte.

Trotz eines erheblichen Zulaufes nach Nordrhein-Westfalen gebe es eine hohe Nicht-Antrittsquote von Bewerbern aus anderen Ländern, weil die Bedingungen für Bewerber, die in anderen Bundesländern studiert hätten, nicht so günstig seien.

**Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmt dem Gesetzentwurf - Drucksache 12/2805 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.**